

Energiesektor verlegen waren und den Betrieb des Stromnetzes ausgliederte und an Siemens Pakistan, einer 64-prozentigen Tochter des deutschen Stammhauses, übergab. Lagen bei staatlichen Betreiber KESC noch Betreuung und Investitionen in das Stromnetzes sowie Lieferung und Abrechnung in einer Gesellschaft, teilte der privatisierte Stromversorger Gewinne und Investitionen auf. Die Hitze im Juni und Juli erhitzte auch die Gemüter: Demonstrationen, Straßenschlachten und ein Toter bei Randalen waren die Folge. Der privatisierte Dienstleister konnte fortan nun noch unter Polizei- und Armeeschutz arbeiten.

Der Monsun im August tat dann ein Übriges. Die Wassermassen ließen jahrzehntealte Transistoren bersten, Hochspannungskabel rissen ob der Temperaturschwankungen und so spülte der Regen die letzten Hoffnungen auf Besserung weg. Nachdem aufgrund von gebohrten Leitungen mehr als 20 Personen, überwiegend Kinder die im Regen spielten, ums Leben kamen, stürmte im August ein aufgebrachter Mob die Büros des Stromversorgers. Klagen wurden eingereicht, die das Management für den Tod der Menschen und für die wirtschaftlichen Verluste verantwortlich machen. Gleichzeitig bildet sich eine Front aus Nichtregierungsorganisati-

onen, Oppositionsparteien und Konsumentenverbänden, die die Privatisierung als Ganzes in Frage stellen. Statt Erfrischung und Abkühlung hat der Monsunregen die Grenzen des pakistanischen Wirtschaftswachstums zu Tage. Das Management von KESC wartet auf ruhigere und kühlere Tage. Im Winter wird mit Gas geheizt, dafür sei man nicht zuständig. Kommenden Sommer sei alles anders, so die Hoffnungen, nachdem sich sogar General Musharraf einschaltete und die Versorgung mit mehr Strom versprach. Man wird es sehen, oder wenn die Lichter wieder ausgehen, auch nicht.

„Homegrown Terrorism“

Zum Hintergrund der Radikalisierung unter jungen britischen Muslimen südasiatischer Herkunft

Martin Riexinger

Die Hinwendung junger Muslime in Großbritannien zum Terrorismus ist nicht allein der Außenpolitik der Regierung Blair zuzuschreiben. Eine beträchtliche Minderheit der britischen Muslime war bereits vor dem Irak-Krieg radikalisiert. Begünstigt wurde dies auch durch eine Politik, die in fragwürdiger Weise die ethnische Fragmentierung der Gesellschaft begünstigte.

„Die Politik des Premierministers gefährdet das britische Leben“ überschrieben islamische Organisationen in Großbritannien einen Brief, den sie in Reaktion auf das vereitelte Attentat auf Transatlantikflüge an Tony Blair richteten. Brisant für die Regierung war, dass dieses Dokument drei der vier muslimischen Labour-Abgeordneten und drei der vier von Blair ernannten muslimischen Lords unterzeichnet hatten. Empört wies die Regierung die Erklärung zurück. Mit gewissem Recht, denn ein entscheidender Punkt wird in dieser Erklärung unter den Teppich gekehrt.

Dass Großbritannien für radikale Islamisten zum Ziel wurde, weil die Regierung die Politik der Bush-Administration unterstützte, steht außer Frage. Die Behauptung aber, erst dadurch seien britische Muslime radikalisiert worden, ist hingegen unhaltbar. Auf die Parteinahme für die amerikanische Politik ist zurückzuführen, dass radikale britische Muslime sich nun zu Terrorakten gegen die eigene Regierung und Gesellschaft bereit fanden, die sie bis dahin eher still verachtet hatten. Doch Gewalt gegen „Ungläubige“ erachtete schon lange vor dem Irakkrieg eine beachtliche Minderheit vor allem junger

Muslime im Vereinigten Königreich als legitim.

Welche Einstellung manche Muslime bereits vor dem Irakkrieg hatten, führt der Bericht eines nicht-muslimischen Computertechnikers deutlich vor Augen, den der *Guardian* publizierte.¹ Der in einem Computere Laden in Leeds tätige Martin Gilbertson nahm am 11. September mit Erstaunen war, dass junge muslimische Kunden die Bilder von den Attentaten bejubelten. Etwas später wurde er dazu bewogen, im *Hamara Youth Access Point* jungen Muslimen pakistanischer Herkunft Webdesign beizu-

bringen. In eben diesem Jugendzentrum, das aus Erträgen der staatlichen Lotterie finanziert wird, waren die erwähnten jungen Männer häufige Gäste. Während seiner Tätigkeit fiel ihm auf, dass religiöse Formeln, Hetze gegen „Ungläubige“ und Verschwörungstheorien den Umgangston bestimmten, und das bereits vor dem Irakkrieg. Als dieser dann im Gange war, wollten sie von ihm erfahren, wie die Exekutionsvideos des so genannten irakischen Widerstandes herunterzuladen seien.

Öffentlichkeit und Sicherheitsbehörden interessierte jedoch nicht weiter, was dort vor sich ging. Schlagzeilen machte das Jugendzentrum erst, als sich Muhammad Sidique Khan, einer seiner Leiter, als führender Kopf der U-Bahn-Attentäter von London entpuppte. Radikalisiert wurde er durch Kontakte mit muslimischen Zirkeln, die eng mit extremistischen Kräften in Pakistan verbandelt sind. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass im Falle der verhinderten Flugzeugattentäter, solche Verbindungen noch stärker sind. Das vermutliche Oberhaupt der Gruppe Rashid Rauf ist Schwiegersohn des Gründers einer religiösen Lehranstalt in Bahawalpur im Süden des Punjab, die der Denkschule der Deobandis angehört. Diese Familie ist eine weitere Heiratsallianz eingegangen, die nicht uninteressant ist. Eine andere Tochter ist mit dem Bruder Masood Azhar verheiratet, der die in Kaschmir aktive Dschihad-Organisation Jaish-i Muhammad führt.² Der islamistische Terrorismus in Großbritannien ist also nicht ganz so *home-grown*, wie mancher Kommentator im Schnellschuss behauptete.

Langfristige Tendenz?

Die Radikalisierung junger südasiatischer Muslime in Großbritannien ist nicht zu verstehen, ohne dass man sich vor Augen hält, dass sich im Islam auf dem indischen Subkontinent in den letzten Jahrzehnten die Kräfteverhältnisse erheblich verschoben haben. Die nach einem ihrer Expo-

nenten Ahmad Riza Khan Barelwi (1856 - 1921) benannte Strömung der Barelwis verliert in den letzten Jahrzehnten an Einfluss. Diese Denkschule zeichnet sich durch Propheten- und Heiligenverehrung in enger Verbindung mit strikter Beachtung des hanafitischen Rechts aus. Politisch ist sie eher unauffällig, ihre Führer neigen dazu, bestehende soziale Hierarchien zu legitimieren. Auf ihre Kosten gewannen puritanische Strömungen wie die Ahl-i Hadis und die Deobandis sowie die Islamisten der Jama'at-i Islami Anhänger, ohne sie jedoch völlig verdrängen zu können.

In den britischen Städten ist die Situation für die Barelwis jedoch prekärer. Entfernt von den Heiligengräbern, die in Südasien selbst eine bedeutende Rolle bei der Sozialisation in diese von Ritualen geprägte Form des Islam spielen, können sie nicht in einem Maß die gesellschaftlichen Normen bestimmen wie dort. Für jemanden, der eine spezifisch islamische Antwort auf die Herausforderungen der westlichen Gesellschaft sucht, haben sie wenig zu bieten, da ihre Führer oft nicht einmal über rudimentäre Kenntnisse von Gebieten verfügen, die jenseits des traditionellen Bildungskanons liegen. Speziell mit Blick auf die jüngere Generation kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Zu den Hierarchien, welche die Religiosität der Barelwis stabilisiert, gehört auch der Vorrang der älteren Generation, der in starkem Kontrast zur Fixierung auf die Jugend in der westlichen Gesellschaft steht. Madeleine Bunting schilderte im Guardian, wie sich dadurch ein Vakuum auftrat, in das die britischen Ableger der rigideren südasiatischen Islamvarianten, aber auch international agierende Gruppierungen wie die *Hizb at-Tabrir* gezielt vorstießen.³

Diese Entwicklung ist deswegen problematisch, weil sowohl im Umfeld der *Ahl-i Hadis* als auch unter den Deobandis seit den späten 1980er Jahren eine Reihe paramilitärischer Organisationen entstanden sind. An einigen Lehranstalten erfolgte die militärische

Ausbildung in Verbindung mit der religiösen Unterweisung. Mehrere Organisationen und Lehranstalten sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Das *Lashkar-i Tayyiba* (Heerlager der Reinen) aus den Reihen der *Ahl-i Hadis* ist vor allem in Kaschmir aktiv, verübte aber auch in anderen Teilen Indiens Anschläge. Seine Mitglieder hegten bereits vor dem 11. September 2001 Sympathien für radikal-wahhabitische Dissidenten in Saudi-Arabien sowie die ägyptische Jama'a islamiya, also jenes Umfeld, aus dem al-Qa'ida entstand. Bereits in den späten 1990er Jahren wurden für diese Organisation in Großbritannien Spenden eingetrieben.⁴ Eine vergleichbare, jedoch kleinere Organisation unter den Deobandis ist das erwähnte Jaish-i Muhammad.

Die ebenfalls den Deobandis zuzurechnende *Sipah-i sahaba* (Armee der Prophetengenossen) verübte zahlreiche Attentäter auf schiitische Würdenträger und Gläubige. Ein Teil der Deobandis ist eng mit den afghanischen Taliban verbunden, die an ihren Lehranstalten studiert hatten. Aus ihren Reihen unterzeichnete Mir Hamzah die von Bin Laden initiierte Erklärung der „Weltweiten islamischen Front gegen Kreuzfahrer und Juden“. Ein weiteres Phänomen, dass in diesem Zusammenhang genauer Beobachtung bedarf ist die Frage, inwieweit der pakistanische Zweig der *Tablighi Jama'at* (missionarische Gesellschaft) in den letzten Jahren von extremistischen Kräften unterwandert wurde. Lange stand diese Vereinigung für einen quietistischen Zweig innerhalb der Denkschule von Deoband. Doch in den letzten Jahren hat sich mehrfach gezeigt, dass mancher, der als vermeintlich harmloser *Tablighi* nach Pakistan gereist ist, dort mit Extremisten in Kontakt trat. Außerdem ergaben sich Überschneidungen mit dem islamischen Extremismus nahöstlicher und nordafrikanischer Provenienz. Bereits die konservative Vorgängerregierung hatte großzügig ägyptischen, saudischen und maghrebischen Exilanten Exil gewährt, und

dadurch für Verstimmung mit deren Regierungen aber auch französischen Sicherheitsbehörden gesorgt. Darauf ist das Schlagwort „Londonistan“ zurückzuführen, dass gegenwärtig häufig zu lesen ist.

Gruppenidentitäten und Individuen

Vorschub leistete dieser Radikalisierung aber auch die Politik von „New Labour“, indem sie gezielt Gruppenidentitäten stärkte anstatt sich den Angehörigen ethnische Minderheiten als Individuen anzusprechen. Tony Blair befürwortete von jeher eine starke Rolle religiöser Organisationen im Bildungs- und Sozialbereich. Dies ist sicher seinen eigenen religiösen Überzeugungen geschuldet. Die Stärkung von Gruppenidentität war aber auch eine strategische Entscheidung. Nach dem Bruch mit sozialistischen Konzepten und dem Ende des engen Bündnisses mit den Gewerkschaften bot es sich an, den Multikulturalismus britischer Prägung zu forcieren, um den linken Parteiflügel ruhig zu stellen. Hinzu kommt als weiterer Faktor, dass es unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts verlockend erscheint, lokal einflussreiche Bevölkerungsgruppen an sich zu binden, indem man *community leaders* für die eigenen Ziele einspannt. Bösertige Zeitgenossen mögen in dieser Politik darin eine Fortführung des kolonialen *indirect rule* erkennen, der Ökonomienobelpreisträger Amartya Sen hat für sie den treffenden Begriff „pluraler Monokulturalismus“ geprägt, weil sie Individuen ermutigt, sich in ein hierarchisch geprägtes, religiös definiertes Bevölkerungssegment einzuordnen⁵. Dem Muslim Council of Britain wuchs bei dieser Klientelpolitik eine Schlüsselrolle zu, wobei geflissentlich ignoriert wurde, dass sein Führer Iqbal Sacranie ein ideologischer Zögling des islamistischen Ideologen Maududi (1903-1979) ist und 1989 in der Auseinandersetzung über die „Satanischen Verse“ erklärt hatte, dass Salam Rushdie Schlimmeres verdiene als den Tod. Im Außenministerium setzte sich des

Weiteren eine Denkschule durch, die in Islamisten progressive Reformkräfte erkennt. Wie der Journalist Martin Bright kürzlich aufdeckte, führte diese Geisteshaltung dazu, dass Gewaltpredigern wie dem Politiker Delwar Hossein Sayeedi aus Bangladesch, der Hindus mit Exkrementen vergleicht und zum Mord an Abtrünnigen aufruft, bedenkenlos Visa ausgestellt wurden.⁶

Diese Politik blieb nicht ohne Folgen. Sie schürt Animositäten unter Minderheiten. Eine Studie unter britischen Hindus förderte jüngst erhebliche Verstimmung über die „Vorzugsbehandlung“ für Muslime zutage.⁷ Diese Entwicklung könnte ein erhebliches Konfliktpotential in sich bergen, zumal viele Hindus ohnehin aus dem stark hindunationalistisch geprägten Gujarat stammen.

Im Oktober 2005 rechtfertigten afrokaribische Jugendliche Ausschreitungen gegen die Geschäfte von Pakistanis in Birmingham damit, sie würden von ihnen diskriminiert.⁸ Vor allem aber trug diese Ethnifizierung dazu bei, dass sich die Muslime in Großbritannien in starkem Maße politisch an vermeintlichen Gruppeninteressen und religiösen Normen orientieren. Umfragen in den letzten Jahren förderten zutage, dass etwa 40 Prozent der Muslime die Einführung des islamischen Familienrechts befürworten.⁹ Wie Jytte Klausen in ihrer Studie „Europas muslimische Eliten“ zeigt, sprechen sich dafür unter muslimischen Mandatsträgern sogar 70 Prozent aus! Dieser Befund steht in eklatantem Gegensatz zu ihren Beobachtungen in anderen westeuropäischen Ländern, wo solche Forderungen nur von einer Minderheit erhoben werden.¹⁰ „Junge Muslime werden merken, dass sie nicht gehört werden, wenn sie sich nicht einer vorgeschriebenen Form des politischen Islam anschließen“ folgert Martin Bright.¹¹

Auch wenn man sich dieser Radikalposition nicht anschließt, liegt die Vermutung nahe, dass die forcierte

Identitätspolitik, nicht wenige Muslime dazu motivierte, ihr Interesse erst eher fernem und dann auch näheren Schlachtfeldern des Dschihad zu schenken, als der Lösung praktischer Alltagsprobleme. Die Einsicht in diese Problematik dürfte die Regierung nun zur Umkehr bewogen haben, wie etwa die Rede der Ministerin für Gemeinschaften Ruth Kelly vor der Kommission für Integration und Zusammenhalt am 24. August signalisiert.

Zum Autor

Dr. Martin Riexinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Arabistik/Islamwissenschaft zu Göttingen. In seiner Freiburger Dissertation „Sana'ullah Amritsari und die Ahl-i Hadis im Punjab unter britischer Herrschaft“ beschäftigte er sich mit der Entstehung puritanischer islamischer Strömungen in Südasien.

Endnoten

¹When I heard where the bombers were from I felt sick' 24.6.2006.

²Man at Heart of British Terrorist Plot Laid Roots in a Land Rife With Sunni Extremism' *New York Times*, 21.8.2006, ‚A peep into UK airline plot suspect's character' *The News*, 21.8.2006.

³Orphans of Islam' 18.7.2005.

⁴Martin Riexinger: *Sana'ullah Amritsari (1868 - 1948) und die Ahl-i Hadis im Punjab unter britischer Herrschaft*, Würzburg 2004, S. 574-576.

⁵The Uses and Abuses of Multiculturalism' *The New Republic*, 18.2.2006.

⁶When Progressives treat with Reactionaries: the British state's flirtation with radical Islam, London: Policy Exchange 2006.

⁷UK Hindus appeal for recognition' BBC 11.7.2006.

⁸Fear and rumours grip Birmingham' BBC 25.10.2005.

⁹Poll reveals 40pc of Muslims want sharia law in UK' *Daily Telegraph* 19.2.2006.

¹⁰*Europas muslimische Eliten*, Frankfurt/Main: Campus 2006, S. 125.

¹¹S. 27.